



Sitzung vom: 19. November 2013
Beschluss Nr.: 188

Volksschule: Interpellation Frühfranzösisch: Was macht der Kanton Obwalden; Beantwortung.

Der Regierungsrat

beantwortet die Interpellation der Kantonsräte Bruno Furrer und Urs Keiser vom 24. Oktober 2013 wie folgt:

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat hatte in dieser Angelegenheit bereits am 6. November 2012 das Postulat „Fremdsprachenunterricht auf der Mittelstufe“ beantwortet. Damals wurde gefordert, dass der Regierungsrat einen Bericht über die praktischen Erfahrungen seit Einführung der zweiten Fremdsprache ab der Mittelstufe erstattet. Dabei sei Rücksprache mit allen Obwaldner Gemeinden, sowohl auf der Mittel- als auch auf der Oberstufe zu nehmen. Es seien dies namentlich Schulleitungen, Lehrerschaft, aber auch betroffene Eltern. Der Bericht soll aufzeigen, ob aufgrund der Analyse

- a. der obligatorische Französischunterricht an der Mittelstufe aufgehoben werden soll (Englisch bleibt) und
- b. wie die rechtlichen Rahmenbedingungen bei Englischunterricht ab der Mittelstufe (3. Klasse) und Französisch ab der Oberstufe anzupassen sind und
- c. bis wann diese Erlassänderung umsetzbar wäre.

Der Regierungsrat beantragte damals dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Der Kantonsrat folgte dem Regierungsrat an seiner Sitzung vom 6. Dezember 2012. Der Regierungsrat begründete damals seinen Entscheid wie folgt:

„Der Regierungsrat lehnt es ab, in einem eigenen und aufwendigen Bericht an das Parlament zu den Erfahrungen seit Einführung der zweiten Fremdsprache in der Primarschule Bericht zu erstatten und dabei aufzuzeigen, ob der obligatorische Fremdsprachenunterricht aufgehoben werden kann und welche gesetzlichen Anpassungen dafür notwendig wären. Dies tut er aus folgenden Gründen:

Die Entwicklung der Schulstrukturen, wie das Modell 3/5, sind langfristige Prozesse. Sie haben grossen Einfluss auf die Lehrerausbildung sowie die Entwicklung von Lehrmitteln und können erst mit Blick auf grössere Zeithorizonte evaluiert werden. Schnelle Strategiewechsel und Reformen führen zu grossem Aufwand auf allen Stufen und nicht zuletzt auch bei den Lehrpersonen, Eltern und Schülerinnen und Schülern zu Frustrationen. Eine verlässliche, regional und national gut koordinierte Politik ist deshalb von eminenter Bedeutung und steht im Einklang mit der Strategie des Kantons Obwalden als verlässlicher Partner. Wie kaum in einem anderen Bildungsbereich gelang es in den letzten Jahrzehnten im Sprachenbereich interkantonal ge-

meinsame Eckwerte festzulegen, die für die Kantone bindende oder quasi bindende Wirkung haben. Gerade in diesem Bereich den nationalen Konsens infrage zu stellen, wie dies das Postulat in der Konsequenz fordert, hätte für das Image des Kantons in der ganzen Schweiz gravierende Folgen.

Der Obwaldner Kantonsrat hat in den letzten Jahren mehrfach die heute geltende Strategie unterstützt und für die Weiterbildung der Lehrpersonen die notwendigen finanziellen Mittel gesprochen. Weder aufgrund der Ergebnisse der Rückmeldungen der Schulen, der wissenschaftlichen Evaluation noch aufgrund der politischen Situation in den anderen Kantonen erscheint es dem Regierungsrat angezeigt, die eingeschlagene Strategie zum jetzigen Zeitpunkt grundsätzlich zu hinterfragen.

Der Regierungsrat nimmt aber das Unbehagen betreffend des Französischunterrichts in der Primarschule ernst und beauftragt das Bildungs- und Kulturdepartement gemeinsam mit den Gemeinden, geeignete Formen zu finden, um die Information und Diskussion um guten Fremdsprachenunterricht mit allen Beteiligten, insbesondere den betroffenen Eltern zu verbessern. Die Regierung beauftragt zudem den Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements, sich in der Zentralschweiz und über die Region hinaus dafür einzusetzen, dass die Sprachenstrategie umfassend evaluiert und gegebenenfalls neu diskutiert wird.“

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) hat seit der Beantwortung des Postulats seine „Hausaufgaben“ gemacht. Es wird festgestellt, dass das Frühfranzösisch weiterhin zu keinen Bemerkungen oder gar Beschwerden Anlass gibt. Weder von Seiten der Eltern, der Lehrpersonen oder Schulbehörden sind Klagen beim BKD eingegangen. Dabei stand das BKD in Kontakt mit den Gemeinden (über die Schulpräsidienkonferenz und Schulleiterkonferenz) und dem Lehrerverein Obwalden (LVO) und hat das Thema mit ihnen weiter vertieft. Auf interkantonaler Ebene wurde ebenfalls der Austausch mit den anderen Kantonen, insbesondere in der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz (BKZ), gesucht. Diese hat beschlossen abzuklären und zu prüfen, ob die Fremdsprachen an der Primarschule, insbesondere Französisch, gemeinsam evaluiert werden sollen (BKZ vom 13. September 2013). An ihrer ersten Sitzung im Jahr 2014 wird die BKZ voraussichtlich den entsprechenden Bericht beraten.

2. Beantwortung der Fragen

Der Regierungsrat beantwortet die Fragen der beiden Interpellanten auf dem Hintergrund der einleitenden Bemerkungen wie folgt.

2.1 Erachtet es der Regierungsrat als sinnvoll, die Schulleitungen unserer sieben Gemeinden anzufragen, wie die betroffene Lehrerschaft mit dem Frühfranzösisch zurechtkommt? Der bürokratische Aufwand für eine solche Befragung dürfte sich in Grenzen halten.

Der Regierungsrat ist nach wie vor der Ansicht, dass es zurzeit keinen Sinn macht und auch nicht notwendig ist, die Schulleitungen explizit zum Fach Französisch in der Primarschule zu befragen. Ausschlaggebend ist die Tatsache, dass weder die gemeindlichen Schulbehörden noch der Lehrer/innenverein Obwalden (LVO) bisher Klagen an das BKD gerichtet haben.

2.2 Erachtet es der Regierungsrat als erstrebenswert, den Puls an der Basis zu spüren (z.B. Anfrage beim Verein „Schule und Elternhaus Obwalden“, beim kantonalen Berufsberater etc.), um für allfällige Diskussionen gewappnet zu sein?

Der Regierungsrat bzw. das zuständige Departement ist in ständigem Kontakt mit der Basis. Es pflegt insbesondere den regelmässigen Austausch mit den Gemeindebehörden (in der Schulpräsidienkonferenz, dreimal jährlich), den örtlichen Schulleitungen (sechsmal jährlich), dem Lehrer/innenverein Obwalden (LVO) (zweimal jährlich) und – nach Bedarf – mit dem Verband Schule und Elternhaus Obwalden. In diesen regelmässigen Treffen kann der Puls

gespürt werden. Erfahrungsgemäss werden Probleme an diesen Treffen auf die Traktandenliste gesetzt. Das Fach Französisch war aber in den vergangenen Treffen von Seiten der Schulpartner nie als problematisch thematisiert worden. Zudem ist anzumerken, dass es problematisch wäre, nur eine Befragung zu einem einzigen Fach durchzuführen. Solche Befindlichkeitsbefragungen könnten im aktuellen medialen Kontext nicht mehr unbefangen beantwortet werden und ein ganz falsches Bild ergeben.

2.3 In umliegenden Kantonen wird nun evaluiert, wie wir das in unserem letztjährigen Postulat gefordert haben: Der Nidwaldner Landrat hat ein Postulat für einen Bericht zur Fremdsprachensituation mit 51 Ja überwiesen. Im Kanton Luzern sammelt ein breit abgestütztes Komitee Unterschriften für eine Volksinitiative, die nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe vorsieht.

Wird es nicht schwierig für den Regierungsrat, mit den andern Kantonen in dieser Frage mitzudiskutieren, wenn wir keinen Stimmungsbarometer und Zahlen aus dem eigenen Kanton haben, die sich auf Befragungen und Fakten abstützen (z. B. Rückmeldungen direkt Betroffener, Angaben über Dispensationen vom Fremdsprachenunterricht auf der Mittel- und Oberstufe usw.)?

Wie bereits oben erwähnt, steht das BKD in regelmässigem Kontakt mit den zuständigen Schulpartnern und meint die Stimmung zu kennen. Zudem stützt es sich auch auf die Fakten bezüglich der Anzahl Dispensationen im Fach Französisch in der Primarschule. Diese liegen unter einem Prozent der Schüler/innen. Somit ist ein Mitdiskutieren mit den anderen Kantonen durchaus möglich. Als nächstes ist nun abzuwarten, wie sich die Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz (BKZ) bezüglich der Evaluation der Fremdsprachen an der Primarschule entscheidet. Das BKD wird sich für eine gemeinsame Evaluation einsetzen.

Protokollauszug:

- Mitglieder des Kantonsrats sowie übrige Empfänger der Kantonsratsunterlagen (mit Interpellationstext)
- Bildungs- und Kulturdepartement
- Amt für Volks- und Mittelschulen
- Staatskanzlei

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Stefan Hossli
Landschreiber

Versand: 20. November 2013